

**Satzung des Wasser-und Bodenverbandes
Vechtaer Wasseracht
Anschrift: Lembrucher Str. 15 a, 49401 Damme
Telefon: 05491 – 2400
Fax: 05491 – 57166**

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Name, Sitz, Verbandsgebiet	2
§ 2 Aufgaben.....	2
§ 3 Mitglieder	2
§ 4 Unternehmen, Plan	2
§ 5 Benutzung der Grundstücke für das Unternehmen.....	3
§ 6 Beschränkungen des Grundeigentums und besondere Pflichten der Mitglieder	3
§ 7 Verbandsschau	4
§ 8 Organe	4
§ 9 Aufgaben des Verbandsausschusses	5
§ 10 Zusammensetzung und Wahl des Ausschusses.....	5
§ 11 Amtszeit des Ausschusses	6
§ 12 Sitzungen des Ausschusses	6
§ 13 Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung des Ausschusses.....	7
§ 14 Zusammensetzung des Vorstandes.....	7
§ 15 Wahl des Vorstandes	7
§ 16 Amtszeit des Vorstandes	7
§ 17 Geschäfte des Vorstandes und des Vorstehers.....	8
§ 18 Aufgaben des Vorstandes.....	8
§ 19 Sitzungen des Vorstandes	8
§ 20 Beschließen im Vorstand	8
§ 21 Dienstkräfte.....	9
§ 22 Gesetzliche Vertretung des Verbandes.....	9
§ 23 Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgeld, Reisekosten.....	9
§ 24 Haushaltsführung	9
§ 25 Haushaltsplan	9
§ 26 Nichtplanmäßige Ausgaben	9
§ 27 Rechnungslegung und Prüfung.....	10
§ 28 Prüfung der Jahresrechnung.....	10
§ 29 Entlastung des Vorstandes	10
§ 30 Beiträge.....	10
§ 31 Beitragsverhältnis.....	10
§ 32 Ermittlung des Beitragsverhältnisses	11
§ 33 Hebung der Verbandsbeiträge	11
§ 34 Vorausleistungen auf Verbandsbeiträge	11
§ 35 (aufgehoben).....	12
§ 36 Rechtsbehelfsbelehrung	12
§ 37 Anordnungsbefugnis	12
§ 38 Öffentliche Bekanntmachungen	12
§ 39 Änderung der Satzung	12
§ 40 Aufsicht	12
§ 41 Zustimmung zu Geschäften	12
§ 42 Verschwiegenheitspflicht.....	13
§ 43 Inkrafttreten.....	13
Anlage 1 – Veranlagungsregeln.....	14

§ 1 Name, Sitz, Verbandsgebiet

- (1) Der Verband führt den Namen Vechtaer Wasseracht. Er hat seinen Sitz in Damme im Landkreis Vechta.
- (2) Der Verband ist ein Wasser- und Bodenverband im Sinne des Wasserverbandsgesetzes vom 12. Februar 1991 (Bundesgesetzblatt IS.405)
- (3) Der Verband dient dem öffentlichen Interesse und dem Nutzen seiner Mitglieder.
- (4) Das Verbandsgebiet ergibt sich aus der in der Anlage zur Satzung beigefügten Karte.

(WVG §§ 1, 3, 6)

§ 2 Aufgaben

- (1) Der Verband hat zur Aufgabe,
 - a) Ausbau einschließlich naturnahem Rückbau von Gewässern II. und III. Ordnung und Unterhaltung von Gewässern III. Ordnung entsprechend dem derzeit gültigen Gewässerverzeichnis, sowie die der II.Ordnung soweit diese Aufgabe ihm übertragen ist,
 - b) Bau und Unterhaltung von Anlagen in und an Gewässern,
 - c) Herstellung und Unterhaltung von ländlichen Wegen, von Flächen, Anlagen, Biotopsystemen zum Schutz des Naturhaushaltes, des Bodens und der Landschaftspflege,
 - d) Schutz von Grundstücken vor Hochwasser,
 - e) Verbesserung landwirtschaftlicher sowie sonstiger Flächen einschließlich Regelung des Bodenwasser- und Bodenlufthaushalts,
 - f) Herstellung, Unterhaltung und Beseitigung von Anlagen zur Be- und Entwässerung,
 - g) Förderung und Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und

Wasserwirtschaft und Fortentwicklung von Gewässer-, Boden- und Naturschutz,

h) Förderung und Überwachung der vorstehenden Aufgaben.

- (2) Konkret ergeben sich die Aufgaben aus dem § 4 Unternehmen, Plan. Über die zeitliche Durchführung entscheidet der Verband.

(WVG § 2)

§ 3 Mitglieder

- (1) Mitglieder des Verbandes sind die jeweiligen Eigentümer und Erbbauberechtigten der im Verbandsgebiet liegenden Grundstücke und Anlagen.
- (2) Die Mitglieder werden im Mitgliederverzeichnis erfasst, sie sind in einem Verzeichnis einzutragen, das vom Verband auf dem laufenden gehalten wird.

(WVG § 4)

§ 4 Unternehmen, Plan

- (1) Zur Durchführung seiner Aufgaben hat der Verband:
 - a) die zur Herstellung, Umgestaltung und zur Beseitigung notwendigen Arbeiten an den im Verbandsgebiet gelegenen Gewässern II. und III.Ordnung (einschließlich Gewässerrandstreifen und Anlagen) auszuführen, diese zu betreiben und zu unterhalten, soweit die Anlagen im Eigentum des Verbandes stehen und sie im Gewässerverzeichnis des Verbandes aufgeführt sind,
 - b) Unterhaltung der Gewässer III.Ordnung,
 - c) die zur Verbesserung landwirtschaftlicher Flächen erforderlichen kulturbautechnischen Maßnahmen auf den zum Verband gehörenden landw. Flächen auszuführen, die zur Herstellung und Unterhaltung

von Windschutzanlagen und Gewässerrandstreifen notwendigen Arbeiten vorzunehmen,

d) die zur Landschaftspflege notwendigen Arbeiten durchzuführen.

(2) Die Durchführung des Verbandsunternehmens ergibt sich aus den dafür aufgestellten Plänen, die aus einem Erläuterungsbericht, Karten und Zeichnungen bestehen. Diese werden in der Geschäftsstelle in Damme aufbewahrt.

(3) Alle vom Verband zu unterhaltenden Gewässer, Flächen und Anlagen sind in einem Gewässerverzeichnis aufzuführen. Zu diesem Verzeichnis gehören die entsprechenden Wasserzugskarten. Das Gewässerverzeichnis und die Karten sind auf dem laufenden zu halten. Aufbewahrung wie (2)

(WVG § 5)

§ 5 Benutzung der Grundstücke für das Unternehmen

(1) Der Verband ist berechtigt, das Unternehmen auf den zum Verband gehörenden Grundstücken durchzuführen. Die Vertreter des Verbandes dürfen die Grundstücke der Mitglieder jederzeit betreten, die für das Unternehmen benötigten Stoffe (Steine, Erde, Soden usw.) von diesen Grundstücken nehmen, soweit sie land- und forstwirtschaftlich genutzt werden, Unland oder Gewässer sind, wenn ordnungsbehördliche Vorschriften nicht entgegen stehen.

(2) Der Verband darf Grundstücke, die öffentlichen Zwecken dienen, nur mit Zustimmung der zuständigen Verwaltungsbehörde benutzen, soweit sie nicht durch Rechtsvorschriften zugelassen ist. Die Zustimmung darf nur versagt werden, wenn eine Beeinträchtigung der öffentlichen Zwecke nicht durch entsprechende Maßnahmen ausgeglichen werden kann.

(WVG § 33)

§ 6 Beschränkungen des Grundeigentums und besondere Pflichten der Mitglieder

(1) Ufergrundstücke dürfen nur so bewirtschaftet werden, dass die Unterhaltung des Gewässers mit seinen Anlagen nicht beeinträchtigt wird und das Ufer nicht beschädigt wird.

a) Ackergrundstücke dürfen nur bis zu einer Entfernung von 1,0 m von der oberen Böschungskante und außerhalb dieser Entfernung nur so beackert werden, dass die Ufer des Gewässers nicht beschädigt werden.

b) Die Besitzer der zum Verband gehörenden und an den Verbandsgewässern gelegenen Grundstücke, die als Weide genutzt werden, sind verpflichtet, Einfriedungen bis 1,00 Meter Höhe mindestens 1,0 m von der Böschungsoberkante des Gewässers entfernt anzubringen und ordnungsgemäß (viehkehrend) zu unterhalten. Auf das Gewässer zulaufende Einfriedungen müssen so beschaffen sein, dass sie eine 4,00 m breite Durchfahrt für Räumgeräte und Fahrzeuge erlauben. Die Durchfahrt ist 1,0 m von der oberen Böschungskante des Gewässers anzulegen.

c) Die Anlage offener Tränkstellen ist in und an den Verbandsgewässern untersagt. Im Übrigen sind Selbsttränken, Weidepumpen, Übergänge und ähnliche Anlagen nach Angabe des Verbandes so anzulegen, dass sie das Verbandsunternehmen nicht hemmen.

d) Für Brücken, Wege und Straßenüberfahrten und Grundstücksüberwegungen sind die Überwegungsberechtigten Eigentümer allein unterhaltungs- und erhaltungspflichtig. Bei Rohrleitungen obliegt die Unterhaltungspflicht allein dem Veranlasser der Verrohrung.

e) Der maschinelle Einsatz von Grabenräumgeräten muss jederzeit

möglich sein. In Fällen, in denen der Einsatz von Großgeräten erforderlich wird, kann der Verband einen Räumstreifen von 5,00 m Breite entschädigungslos in Anspruch nehmen. In diesem Bereich sind Anpflanzungen mit Bäumen, Sträuchern und sonstigen Zierpflanzen nur mit Zustimmung des Verbandes zulässig.

- f) Jedes Mitglied ist dem Verband zum entschädigungslosen Aufnehmen und Beseitigen des bei der Durchführung der regelmäßigen Unterhaltungsarbeiten auf sein Grundstück gebrachten Schnittgutes und Aushubes aus dem Gewässer verpflichtet.
- g) Die Anlieger haben zu dulden, dass der Verband die Ufer bepflanzt, soweit dies für die Unterhaltung erforderlich ist. Die Erfordernisse des Uferschutzes sind bei der Nutzung zu beachten.
- h) Dräne sind vor der Einmündung in ein Verbandsgewässer auf einer Länge von 10m-parallel zur oberen Böschungskante gemessen – zur Sicherung der Böschung wasserdicht mit geschlossenen Rohren zu verlegen. Dränausmündungen und Ausläufe von Rohrleitungen sind von den Eigentümern mit Ausmündungsstücken, die sich der Böschungsneigung anpassen und der Regelzeichnung des Verbandes entsprechen, so herzustellen und ausreichend zu befestigen, dass Absackungen und Ausstülpungen vermieden werden und die Unterhaltung nicht beeinträchtigt wird.
- i) Die Errichtung von baulichen Anlagen in einer Entfernung von weniger als 5,00 m von der oberen Böschungskante bei Gewässern III.Ordnung ist unzulässig. Bei verrohrten Gewässern bemisst sich diese Entfernung von der äußeren Bauwerkskante.
- j) Innerhalb bebauter Ortslagen dürfen Ufergrundstücke nur so zur

Nutzung herangezogen werden, dass in jedem Fall ein Uferrandstreifen von mindestens 5,00 m Breite von jeglicher Bodenablagerung, Bepflanzung, Einzäunung und Nutzung frei bleibt.

- (2) Ausnahmen von diesen Beschränkungen können widerruflich vom Vorstand des Verbandes zugelassen werden.

(WVG § 33)

§ 7 Verbandsschau

- (1) Die Verbandsanlagen sind zu schauen. Bei der Schau ist der Zustand der Anlagen festzustellen, insbesondere ob sie ordnungsgemäß unterhalten und nicht unbefugt benutzt werden.
- (2) Der Verbandsausschuss kann das Verbandsgebiet in Schaubezirke einteilen und für jeden Schaubezirk einen Schaubeauftragten wählen. Schauführer ist der Vorsteher.
- (3) In den Schaubezirken sind die Verbandsgewässer sowie die dazugehörigen Anlagen einmal jährlich zu schauen.
- (4) Der Verband lädt die Schaubeauftragten, die Aufsichtsbehörde, und kann sonstige Beteiligte, insbesondere technische und landwirtschaftliche Fachbehörden, rechtzeitig zur Verbandsschau einladen.
- (5) Der Schauführer zeichnet den Verlauf und das Ergebnis der Schau in einer Niederschrift auf und gibt den Schaubeauftragten Gelegenheit zur Äußerung. Der Vorstand veranlasst die Beseitigung festgestellter Mängel.

(WVG §§ 44, 45)

§ 8 Organe

Der Verband hat einen Verbandsausschuss und einen Vorstand.

(WVG § 46)

§ 9 Aufgaben des Verbandsausschusses

Der Verbandsausschuss hat folgende Aufgaben:

1. Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder sowie ihrer Stellvertreter
2. Beschlussfassung über Änderungen der Satzung, des Unternehmens, des Plans oder der Aufgaben sowie über die Grundsätze der Geschäftspolitik in einer Geschäftsordnung für den Verbandsvorsteher.
3. Beschlussfassung über die Umgestaltung und die Auflösung des Verbandes.
4. Wahl der Schaubeauftragten und der Verbandsvertreter in den Gremien der Unterhaltungsverbände und des Hunte-Wasserverbandes.
5. Festsetzung des Haushaltsplanes sowie von Nachtragshaushaltsplänen
6. Beschlussfassung der Veranlagungsregeln
7. Einspruch gegen eine Zwangsfestsetzung des Haushaltsplanes
8. Entlastung des Vorstandes und der Geschäftsführung
9. Festsetzung von allgemeinen Grundsätzen für Dienst- und Anstellungsverträge und von Vergütungen für Vorstandsmitglieder und Mitglieder des Verbandsausschusses
10. Beschlussfassung über Rechtsgeschäfte zwischen Vorstand und dem Verband
11. Beschlussfassung über die Übernahme der Unterhaltungspflicht von Gewässern III. Ordnung im Verbandsgebiet und die Eintragung in das Gewässerverzeichnis

12. Beratung des Vorstandes in allen wichtigen Angelegenheiten

13. Wahl eines verbandsinternen Prüfungsausschusses.

(WVG §§ 47, 49)

§ 10 Zusammensetzung und Wahl des Ausschusses

(1) Der Ausschuss besteht aus 11 Mitgliedern, die ehrenamtlich tätig sind. Jedes Mitglied hat einen Stellvertreter. Die Stellvertretung ist persönlich und bei der Wahl festzulegen.

(2) Die Verbandsmitglieder wählen den Ausschuss in Wahlbezirken (s. Abs. 4). Wählbar ist jedes geschäftsfähige Verbandsmitglied. Die Zahl der zu wählenden Ausschussmitglieder beträgt in den Wahlbezirken I., II. und V. je 2 Mitglieder, in den übrigen Wahlbezirken je 1 Mitglied.

(3) Jedes Verbandsmitglied, das Beiträge an den Verband zu leisten hat, hat das Recht, selbst oder durch einen Vertreter mitzustimmen. Ein Mitglied kann höchstens zwei weitere Mitglieder vertreten. Der Vertreter hat eine schriftliche Vollmacht vorzulegen.

(4) Die Wahlbezirke werden wie folgt festgesetzt:

1. Wahlbezirk I (Damme West)

Er umfasst das im westlichen Teil der Stadt Damme, insbesondere im Ort Damme sowie in den Bauernschaften Damme, Osterdamme, Südfelde, Sierhausen und Rottinghausen liegende Verbandsgebiet.

2. Wahlbezirk II (Rüschen Dorf)

Er umfasst das im südöstlichen Teil der Stadt Damme, insbesondere in den Bauernschaften Borringhausen, Rüschen Dorf, Hüde und Dümmerlohausen liegende Verbandsgebiet.

3. Wahlbezirk III (Osterfeine)

Er umfasst das im nordöstlichen Teil der Stadt Damme, insbesondere in den Bauernschaften Osterfeine,

- Bergfeine, Dalinghausen und Haverbeck liegende Verbandsgebiet.
4. Wahlbezirk IV (Steinfeld)
Er umfasst das in der Gemeinde Steinfeld liegende Verbandsgebiet.
 5. Wahlbezirk V (Lohne)
Er umfasst das in der Stadt Lohne liegende Verbandsgebiet.
 6. Wahlbezirk VI (Vechta)
Er umfasst das in der Stadt Vechta liegende Verbandsgebiet.
 7. Wahlbezirk VII (Goldenstedt)
Er umfasst das in der Gemeinde Goldenstedt liegende Verbandsgebiet.
 8. Wahlbezirk VIII (Schwege)
Er umfasst das in der Gemarkung Schwege, Gemeinde Bohmte liegende Verbandsgebiet.
- (5) Der Verbandsvorsteher lädt wahlbezirksweise die wahlberechtigten Verbandsmitglieder durch Bekanntmachung gem. § 38 mit mindestens zweiwöchiger Frist zur Ausschusswahl. Die Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Anzahl der Erschienenen beschlussfähig.
 - (6) Ausschussmitglieder können nicht gleichzeitig Vorstandsmitglieder sein.
 - (7) Das Stimmverhältnis ist dem Beitragverhältnis gleich.
 - (8) Um das Grundeigentum streitende Personen sind stimmberechtigt. Sie und die gemeinschaftlichen Grundeigentümer können nur einheitlich stimmen; die an der Wahl Teilnehmenden haben die Stimmen aller.
 - (9) Der Verbandsvorsteher leitet die Wahl.
 - (10) Gewählt ist, wer von den abgegebenen Stimmen die meisten erhält. Erhält im ersten Wahlgang niemand die Mehrheit, wird erneut gewählt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das vom Leiter der Wahl zu ziehende Los.

- (11) Über die Wahl ist eine Niederschrift anzufertigen. Die Niederschrift muss Angaben enthalten über:
 1. den Ort und den Tag der Sitzung,
 2. die Namen des Vorsitzenden und der anwesenden Mitglieder,
 3. den behandelten Gegenstand und die gestellten Anträge
 4. die gefassten Beschlüsse,
 5. das Ergebnis der Wahlen.
 Die Niederschrift ist von dem Vorsteher und soweit ein Schriftführer hinzugezogen worden ist, auch von diesem zu unterschreiben.

(WVG § 49)

§ 11 Amtszeit des Ausschusses

- (1) Der Verbandsausschuss wird für 5 Jahre gewählt. Das Amt endet am 31. Dezember , zum ersten Mal im Jahre 1996.
- (2) Wenn ein Ausschussmitglied vor dem Ablauf der Amtszeit ausscheidet, tritt an seine Stelle für die restliche Zeit sein Stellvertreter. Sollte auch dieser ausscheiden, ist entsprechend § 10 diese Position durch eine Ergänzungswahl zu besetzen.
- (3) Die ausscheidenden Mitglieder bleiben bis zum Eintritt der neuen Mitglieder im Amt.

(WVG § 49)

§ 12 Sitzungen des Ausschusses

- (1) Der Verbandsvorsteher lädt die Ausschussmitglieder mindestens einmal im Jahr schriftlich mit mindestens zweiwöchiger Frist zu den Sitzungen ein und teilt die Tagesordnung mit. In dringenden Fällen bedarf es keiner Frist; in der Ladung ist darauf hinzuweisen. Wer am Erscheinen verhindert ist, hat dies unverzüglich der Geschäftsstelle des Verbandes mitzuteilen.
- (2) Der Verbandsvorsteher leitet die Sitzung des Ausschusses. Er hat kein Stimmrecht. Den Mitgliedern

des Vorstandes ist auf Verlangen das Wort zu erteilen.

- (3) Die Sitzungen des Verbandsausschusses sind nicht öffentlich.

(WVG § 50)

§ 13 Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung des Ausschusses

- (1) Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder geladen und mindestens 50 % der stimmberechtigten Ausschussmitglieder anwesend sind. Beschlüsse können auch im schriftlichen Verfahren gefasst werden, wenn kein Mitglied widerspricht.
- (2) Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung.
- (3) Über die Sitzung ist eine Niederschrift zu fertigen. Für den Inhalt der Niederschrift gilt § 10 Abs.11 der Satzung entsprechend.

(WVG § 48)

§ 14 Zusammensetzung des Vorstandes

- (1) Der Vorstand besteht aus 3 Personen, die ehrenamtlich tätig sind. Der Vorstandsvorsitzende ist der Verbandsvorsteher. Ein Vorstandsmitglied ist stellvertretender Verbandsvorsteher.
- (2) Der Vorsteher des Verbandes und die Vorstandsmitglieder sowie deren Stellvertreter, müssen nicht Mitglieder des Verbandes sein. Mitglieder des Verbandsausschusses können nicht zugleich Mitglieder des Vorstandes sein.
- (3) Für jedes Vorstandsmitglied wird ein persönlicher Vertreter gewählt.

(WVG § 52)

§ 15 Wahl des Vorstandes

- (1) Der Verbandsausschuss wählt die Mitglieder des Vorstandes, den

Vorstandsvorsitzenden sowie deren Stellvertreter.

- (2) Das Ergebnis der Wahl ist der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

- (3) Der Vorstandsvorsitzende verpflichtet die Mitglieder des Vorstandes und die Stellvertreter in der ersten Sitzung nach der Wahl durch Handschlag. Er selbst wird anschließend durch seinen Stellvertreter verpflichtet. Für die Verpflichtung der Mitglieder des Vorstandes und der Stellvertreter gilt das Gesetz über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen. (Verpflichtungsgesetz vom 02.03.1974; BGBl.I,S.469).

- (4) Der Verbandsausschuss kann ein Vorstandsmitglied aus wichtigem Grund mit zwei Drittel Mehrheit abberufen. Die Abberufung und ihr Grund sind der Aufsichtsbehörde anzuzeigen. Diese kann der Abberufung innerhalb eines Monats nach Eingang der Anzeige unter Angabe der Gründe widersprechen, wenn der vorgetragene wichtige Grund nicht gegeben ist. Widerspricht die Aufsichtsbehörde, so ist die Abberufung unwirksam.

- (5) Die Vorstandsmitglieder brauchen nicht Verbandsmitglieder sein.

(WVG §§ 52, 53)

§ 16 Amtszeit des Vorstandes

- (1) Der Vorstand wird für eine Amtsperiode von 5 Jahren gewählt. Das Amt des Vorstandes endet am 31. 12. 1997 und später alle fünf Jahre.
- (2) Wenn ein Vorstandsmitglied vor dem Ablauf der Amtszeit ausscheidet, so ist für den Rest der Amtszeit nach § 15 Ersatz zu wählen.
- (3) Die ausscheidenden Mitglieder bleiben bis zur Wahl der neuen Vorstandsmitglieder im Amt.

(WVG § 53)

§ 17 Geschäfte des Vorstandes und des Vorstehers

- (1) Der Vorsteher führt den Vorsitz im Vorstand. Ihm obliegen alle Geschäfte des Verbandes im Rahmen der Beschlüsse des Ausschusses über die Grundsätze der Geschäftspolitik. Durch Grundsatzbeschluss kann der Verbandsausschuss dem Vorsteher die Geschäftsführung entsprechend § 9 Abs. 2 übertragen.
- (2) Die Vorstandsmitglieder haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die erforderliche Sorgfalt anzuwenden. Sie sind dem Verband insbesondere dafür verantwortlich, dass die Bestimmungen der Satzung eingehalten und die Beschlüsse des Ausschusses ausgeführt werden. Ein Vorstandsmitglied, das seine Obliegenheiten grobfahrlässig oder vorsätzlich verletzt, ist dem Verband zum Ersatz des daraus entstandenen Schadens verpflichtet. Der Schadensersatzanspruch verjährt in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in welchem der Verband von dem Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen Kenntnis gelangt.
- (3) Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter aller Dienstkräfte des Verbandes.
- (4) Der Vorstand unterrichtet in angemessenen Zeitabständen die Verbandsmitglieder über die Verbandsangelegenheiten in geeigneter Weise und hört ihn an.

(WVG §§ 54, 55)

§ 18 Aufgaben des Vorstandes

Dem Vorstand obliegen alle Geschäfte, zu denen nicht der Vorsteher oder durch Gesetz oder Satzung der Verbandsausschuss berufen ist. Er beschließt insbesondere über:

- die Aufstellung des Haushaltsplanes und seiner Nachträge,
- die Aufnahme von Darlehen und Kassenkrediten,
- die Entscheidung im Rechtsmittelverfahren,

- die Aufnahme und Entlassung von Mitgliedern,
- die Einstellung und Entlassung der Dienstkräfte,
- den Abschluss von Verträgen, die den Verband mit einer Verpflichtung in Höhe von mehr als 20.000,00 € verpflichten,
- den Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten.

(WVG § 54)

§ 19 Sitzungen des Vorstandes

- (1) Der Vorstandsvorsteher lädt die Vorstandsmitglieder mit mindestens zweiwöchiger Frist zu den Sitzungen und teilt die Tagesordnung mit. In dringenden Fällen bedarf es keiner Frist. In der Ladung ist darauf hinzuweisen. Die Sitzungen des Vorstandes sind nicht öffentlich.
- (2) Wer am Erscheinen verhindert ist, teilt dies unverzüglich seinem Stellvertreter mit. Der Vorstandsvorsitzende ist zu benachrichtigen. Im Jahr ist mindestens eine Sitzung abzuhalten.

(WVG § 56)

§ 20 Beschließen im Vorstand

- (1) Der Vorstand bildet seinen Willen mit der Mehrheit der Summen seiner anwesenden Mitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (2) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Drittel seiner Mitglieder anwesend und alle rechtzeitig geladen sind.
- (3) Ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen ist er beschlussfähig, wenn rechtzeitig geladen und hierbei mitgeteilt worden ist, dass ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlossen werden kann. Ohne Rücksicht auf Form und Frist der Ladung ist er beschlussfähig, wenn alle Vorstandsmitglieder zustimmen.

(4) Auf schriftlichem Wege erzielte Beschlüsse sind gültig, wenn sie mit der Mehrheit aller Vorstandsmitglieder gefasst werden und kein Vorstandsmitglied dem Verfahren widerspricht.

(5) Die Beschlüsse der Sitzungen sind in einer Niederschrift festzuhalten, die vom Vorstandsvorsteher und einem weiteren Mitglied zu unterschreiben ist (§ 10 Abs. 11).

(WVG § 56)

§ 21 Dienstkräfte

Der Verband hat eine/n Kassenverwalter/in und kann bei Bedarf weitere Dienstkräfte einstellen.

§ 22 Gesetzliche Vertretung des Verbandes

(1) Der Vorstandsvorsteher vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich.

(2) Die Aufsichtsbehörde erteilt den vertretungsbefugten Personen eine Bestätigung über die jeweilige Vertretungsbefugnis.

(3) Erklärungen, durch die der Verband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform; sie sind vom Vorstandsvorsteher oder des Vertretungsbefugten zu unterschreiben.

(WVG § 55)

§ 23 Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgeld, Reisekosten

(1) Die Vorstands- und Ausschussmitglieder sind ehrenamtlich tätig.

(2) Der Vorstandsvorsteher erhält eine monatliche pauschalierte Entschädigung als Vorsteher des Verbandes als Ersatz des Verdienstausfalles, sowie den Ersatz der notwendigen Auslagen und den Ersatz der Fahrtkosten im Verbandsgebiet.

(3) Die übrigen Vorstands- und Ausschussmitglieder und sonstige ehrenamtlich Tätige erhalten bei

Wahrnehmung ihres Amtes ein Sitzungsgeld und Reisekosten.

(WVG § 52)

§ 24 Haushaltsführung

(1) Für den Haushaltsplan des Verbandes gilt mit Ausnahme von § 105 Abs.1, 107, 108, 109 Abs.2 Satz 3, Abs.3 Satz 2 letzter Halbsatz die Landshaushaltsordnung.

(2) Bei Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.

(WVG § 65)

§ 25 Haushaltsplan

(1) Der Vorstand stellt durch Beschluss für jedes Haushaltsjahr den Haushaltsplan und nach Bedarf Nachträge dazu auf. Der Verbandsausschuss setzt den Haushaltsplan vor Beginn des Haushaltsjahres und die Nachträge während des Haushaltsjahres fest.

(2) Der Haushaltsplan enthält alle Einnahmen und Ausgaben des Verbandes im kommenden Rechnungsjahr. Er ist die Grundlage für die Verwaltung aller Einnahmen und Ausgaben.

(3) Das Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

(WVG § 65)

§ 26 Nichtplanmäßige Ausgaben

(1) Der Vorstand bewirkt Ausgaben, die im Haushaltsplan nicht oder noch nicht festgesetzt sind, wenn der Verband dazu verpflichtet ist und ein Aufschub erhebliche Nachteile bringen würde. Entsprechendes gilt für Anordnungen, durch die Verbindlichkeiten des Verbandes entstehen können, ohne dass ausreichende Mittel im Haushaltsplan vorgesehen sind.

(2) Der Vorstand unternimmt unverzüglich die Aufstellung eines

Nachtragshaushaltes und dessen Festsetzung durch den Verbandsausschuss.

(WVG § 65)

§ 27 Rechnungslegung und Prüfung

- (1) Der Vorstand stellt durch Beschluss im ersten Viertel des neuen Rechnungsjahres die Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben des vergangenen Rechnungsjahres gemäß dem Haushaltsplan auf und legt sie dem Verbandsausschuss zur Kenntnis und Prüfung vor.
- (2) Zusätzlich kann die Rechnung durch einen besonderen Prüfungsausschuss des Verbandes geprüft werden. Dieser besteht aus 3 Ausschussmitgliedern, die vom Ausschuss zu wählen sind. Gewählt wird jeweils für eine Amtsperiode. Wiederwahl in unmittelbarer Folge ist nicht zulässig. Der Prüfungsausschuss kann eine geeignete Fachkraft heranziehen.

(§§ 80 ff. und 109 LHO)

§ 28 Prüfung der Jahresrechnung

Die Haushalts- und Rechnungsprüfung des Verbandes wird von der Prüfstelle beim Wasserverbandstag e.V. geprüft. Für den Inhalt, den Umfang und die Durchführung der Prüfung gelten die §§ 89, 90, 94 und 95 der LHO sinngemäß.

§ 29 Entlastung des Vorstandes

Nach Eingang der Prüfungsbemerkungen der Prüfstelle zur Jahresrechnung stellt der Vorstand die Vollständigkeit und Richtigkeit der Rechnungen fest. Er legt die Jahresrechnung und den Bericht der Prüfstelle (ggf. den Bericht des verbandsinternen Prüfungsausschusses) mit seiner Stellungnahme hierzu dem Verbandsausschuss vor. Dieser beschließt über die Entlastung des Vorstandes.

(WVG §§ 47, 49)

§ 30 Beiträge

- (1) Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushaltsführung erforderlich sind.
- (2) Die Beiträge bestehen in Geldleistungen.
- (3) Die Hebung von Mindestbeiträgen ist zulässig.

(WVG §§ 28, 29)

§ 31 Beitragsverhältnis

- (1) Die Beitragslast für die Unterhaltung der Verbandsanlagen und der Gewässer III. Ordnung verteilt sich auf die Mitglieder im Verhältnis der Flächeninhalte der zum Verband gehörenden Grundstücke. Dabei wird der gesamte Verband als ein Vorteilsgebiet gesehen.
- (2) Die Beitragslast für die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung verteilt sich auf die beitragspflichtigen Mitglieder im Verhältnis der Flächeninhalte der zum jeweiligen Unterhaltungsverband gehörenden Grundstücke.
- (3) Der Verband hebt von den beitragspflichtigen Mitgliedern Beiträge für die Erschwernis der Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung des entsprechenden Unterhaltungsverbandes nach den Veranlagungsregeln, die als Anlage 1 Bestandteil dieser Satzung sind.
- (4) Der Verband hebt einen Mindestbeitrag in Höhe des Hektarsatzes, höchstens jedoch 25,00 €. Der Mindestbeitrag wird gehoben, wenn nach dem sonstigen Beitragsverhältnis auf das Mitglied ein Beitrag unterhalb des Hektarsatzes nach Satz 1 ergebenden Beitrags entfielen.
- (5) Für Meliorationsmaßnahmen (wasserwirtschaftliche Maßnahmen) werden in Höhe der tatsächlichen dem Verband entstandenen Ausbaurkosten Beiträge von den Eigentümern der im Meliorationsgebiet liegenden Grundstücke flächengleich erhoben.

Die Meliorationsgrenzen entsprechen den Einzugsgrenzen ausgebauter Gewässer.

- (6) Für Kulturbau technische Maßnahmen und für Maßnahmen zum Schutz und zur Pflege der Natur und Landschaft, werden die Beiträge nur von den Vorteilhabenden erhoben. Die Beitragslast richtet sich nach den Veranlagungsregeln, die vom Verbandsausschuss beschlossen werden.
- (7) Soweit sich sonst die Kosten der Gewässerunterhaltung erhöhen, weil ein Grundstück in seinem Bestand besonders gesichert werden muss oder weil eine Anlage im oder am Gewässer sie erschwert, so hat der Eigentümer des Grundstückes oder der Anlage die Mehrkosten zu ersetzen. Dazu ist auch verpflichtet, wer die Unterhaltung durch Einleitung von zusätzlichem Wasser bzw. Abwasser erschwert oder die unter § 6 aufgeführten Beschränkungen nicht beachtet. Die Kostenhöhe wird vom Verband nach tatsächlichen Mehrkosten gem. § 75 NWG festgesetzt.

(WVG § 30)

§ 32 Ermittlung des Beitragsverhältnisses

- (1) Mit der erfolgten Eintragung im Grundbuch wird der Erwerber eines im Verbandsgebiet gelegenen Grundstückes Mitglied des Verbandes.
- (2) Veranlagungstichtag ist der 31. 12. des Vorjahres zum Haushaltsjahr. Eigentumsveränderungen innerhalb des laufenden Rechnungsjahres können bei der Beitragshebung keine Berücksichtigung finden. Veräußerer und neuer Eigentümer müssen die Beitragsverteilung unter sich regeln.
- (3) Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, dem Verband alle für die Veranlagung erforderlichen Angaben wahrheitsgemäß zu machen und dem Verband bei örtlich notwendigen Feststellungen zu unterstützen. Insbesondere Veränderungen in den Veranlagungsregeln sind dem Verband unverzüglich mitzuteilen. Der Verband

ist verpflichtet, erst vom Zeitpunkt der Kenntnisnahme an die entsprechenden Änderungen bei der Beitragsveranlagung vorzunehmen. Mitglieder, die dem Verband einen Eigentumswechsel nicht rechtzeitig anzeigen, sind dem Verband zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.

- (4) Unbeschadet anderer Folgen wird der Beitrag eines Mitgliedes nach pflichtgemäßem Ermessen durch den Vorstand geschätzt, wenn
 - a) das Mitglied die Bestimmungen des Abs. 2 und 3 verletzt hat.
 - b) es dem Verband ohne eigenes Verschulden nicht möglich ist, den Beitrag des Mitgliedes zu ermitteln.

(WVG §§ 26, 30)

§ 33 Hebung der Verbandsbeiträge

- (1) Der Verband erhebt die Verbandsbeiträge auf der Grundlage des geltenden Beitragsmaßstabes durch Beitragsbescheid.
- (2) Die Erhebung der Verbandsbeiträge kann Stellen außerhalb des Verbandes übertragen werden.
- (3) Wer seinen Beitrag nicht rechtzeitig leistet, hat einen Säumniszuschlag zu zahlen von 1 Prozent pro Monat zuzüglich Mahngebühren und Beitreibungskosten nach der jeweils geltenden Verordnung über die Kosten des Verwaltungszwangsverfahrens zur Vollstreckung von Leistungsbescheiden und von Geldforderungen zu zahlen. Für die Verjährung sind die Vorschriften der Abgabenverordnung entsprechend anzuwenden.
- (4) Jedem Verbandsmitglied ist auf Verlangen Einsicht in die ihn betreffenden Unterlagen zu gewähren.

(WVG § 31)

§ 34 Vorausleistungen auf Verbandsbeiträge

Soweit es für die Durchführung des Unternehmens und die Verwaltung des Verbandes erforderlich ist, hebt der Verband von den Verbandsmitgliedern

Vorausleistungen auf die
Verbandsbeiträge nach dem
Flächenmaßstab innerhalb eines
Beitragsjahres.

(WVG § 32)

§ 35 (aufgehoben)

§ 36 Rechtsbehelfsbelehrung

(1) Für die Rechtsbehelfe gelten die
allgemeinen Vorschriften der
Verwaltungsgerichtsordnung in
Verbindung mit dem
Niedersächsischen Ausführungsgesetz
zur Verwaltungsgerichtsordnung.

§ 37 Anordnungsbefugnis

(1) Die Verbandsmitglieder und die
aufgrund eines vom Eigentümer
abgeleiteten Rechts
Nutzungsberechtigten haben die auf
Gesetz oder Satzung beruhenden
Anordnungen des Vorstandes, zu
befolgen.

(2) Der Vollzug der Anordnungen des
Verbandes richtet sich nach den
Vorschriften des vorläufigen
Verwaltungsverfahrensgesetzes für
das Land Niedersachsen vom 3.
Dezember 1976 i.V.m. § 70 des
Niedersächsischen
Verwaltungsvollstreckungsgesetzes
(NVwVG) vom 2. Juni 1982.

(WVG § 68)

§ 38 Öffentliche Bekanntmachungen

(1) Die öffentlichen Bekanntmachungen
des Verbandes erfolgen in der „
Oldenburgischen Volkszeitung“ Vechta
und, soweit das in der Gemarkung
Schwege liegende Verbandsgebiet
betroffen ist, auch in der „Neuen
Osnabrücker Zeitung“ (Wittlager
Kreisblatt).

(2) Für die Bekanntmachung längerer
Urkunden genügt die Bekanntmachung
des Ortes, an dem Einblick in die
Unterlagen genommen werden kann.

§ 39 Änderung der Satzung

(1) Für Beschlüsse zur Änderung der
Satzung genügt die Mehrheit der
anwesenden Stimmen. Der Beschluss
über eine Änderung der Aufgaben des
Verbandes bedarf einer Mehrheit von
zwei Drittel der anwesenden Stimmen.

(2) Die Änderung der Satzung bedarf der
Genehmigung durch die
Aufsichtsbehörde. Sie ist von der
Aufsichtsbehörde öffentlich
bekanntzumachen und tritt mit der
Bekanntmachung in Kraft.

§ 40 Aufsicht

(1) Der Verband steht unter der
Rechtsaufsicht des Landkreises
Vechta.

(2) Die Aufsichtsbehörde kann sich auch
durch Beauftragte über die
Angelegenheiten des Verbandes
unterrichten. Sie kann mündliche und
schriftliche Berichte verlangen, Akten
und andere Unterlagen anfordern,
sowie an Ort und Stelle Prüfungen und
Besichtigungen vornehmen.

(3) Die Aufsichtsbehörde ist unter Angabe
der Tagesordnung zu den Sitzungen
der Verbandsorgane einzuladen. Ihrem
Vertreter ist auf Verlangen das Wort zu
erteilen.

(WVG §§ 72, 73)

§ 41 Zustimmung zu Geschäften

(1) Der Verband bedarf der Zustimmung
der Aufsichtsbehörde

1. zur unentgeltlichen Veräußerung
von Vermögensgegenständen
2. zur Aufnahme von Darlehen, die
über 50.000,00 € hinausgehen
3. zur Übernahme von Bürgschaften,
zu Verpflichtungen aus
Gewährleistungen und zur
Bestellung von Sicherheiten,
4. zu Rechtsgeschäften mit einem
Vorstandsmitglied einschließlich
der Vereinbarung von
Vergütungen; soweit sie über den
Ersatz von Aufwendungen
hinausgehen.

- (2) Die Zustimmung ist auch zu Rechtsgeschäften erforderlich, die einem in Absatz 1 genannten Geschäft wirtschaftlich gleichkommen.
- (3) Zur Aufnahme von Kassenkrediten genügt eine allgemeine Zustimmung mit Begrenzung auf einen Höchstbetrag.
- (4) Die Aufsichtsbehörde kann für bestimmte Geschäfte Ausnahmen von den Absätzen 1 bis 3 allgemein zulassen.
- (5) Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn sie nicht innerhalb eines Monats nach Eingang der Anzeige bei der Aufsichtsbehörde versagt wird. In begründeten Einzelfällen kann die Aufsichtsbehörde die Frist durch Zwischenbescheid um einen Monat verlängern.

(WVG § 75)

§ 42 Verschwiegenheitspflicht

- (1) Vorstandsmitglieder und Mitglieder des Verbandsausschuss sind verpflichtet, über alle ihnen bei der Durchführung ihrer Aufgaben bekannt werdenden Tatsachen und Rechtsverhältnisse Verschwiegenheit zu bewahren.
- (2) Der ehrenamtlich Tätige ist bei der Übernahme seiner Aufgaben zur Verschwiegenheit besonders zu verpflichten. Die Verpflichtung ist aktenkundig zu machen.
- (3) Im übrigen bleiben die Vorschriften der Verwaltungsverfahrensgesetze der Länder über die Verschwiegenheitspflicht unberührt.

§ 43 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt zum 01.01.2012 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung des Verbandes vom 22.05.1996 in der Fassung vom 17.11.2010 außer Kraft.

(WVG § 58 Abs. 2)

Damme, den 15.02.2012

gez. Meyer-Hülsmann

Meyer-Hülsmann
Verbandsvorsteher

Anlage 1 – Veranlagungsregeln

Veranlagungsregeln des Wasser- und Bodenverbandes Vechtaer Wasseracht gem. § 31 Absatz 3 der Satzung für die Ermittlung von Erschwernisbeträgen für die Unterhaltung von Gewässern.

1. Zusätzlicher Beitrag für Versiegelungen

a) Für eine versiegelte Fläche, die im Liegenschaftskataster mit einer der folgenden Bezeichnungen und der entsprechenden Kennung sowie der Attributart „Funktion“, „ohne Funktion“, „Vegetationsmerkmal“ oder „Art der Festlegung“ eingetragen ist, wird nach Maßgabe der in Spalte 2 enthaltenen Begriffsbestimmung nach folgender Tabelle ein zusätzlicher Beitrag mit dem angegebenen Mehrfachen des ha-Satzes erhoben.

aa) Leicht versiegelte Flächen:
einfacher Hektarsatz

Bezeichnung	Begriffsbestimmung	Kennung, Attributart mit Wert
1	2	3
Flächen besonderer funktionaler Prägung	Fläche besonderer funktionaler Prägung ist eine baulich geprägte Fläche einschließlich der mit ihr im Zusammenhang stehenden Freifläche, auf denen vorwiegend Gebäude und/oder Anlagen zur Erfüllung öffentlicher Zwecke oder historische Anlagen vorhanden sind.	41007
Historische Anlage	Historische Anlage ist eine Fläche mit historischen Anlagen, z. B. historische Stadtmauern und -türme, Denkmäler und Ausgrabungsstätten.	Funktion 1300
Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche	Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche ist eine bebaute oder unbebaute Fläche, die dem Sport, der Freizeitgestaltung oder der Erholung dient.	41008
Sportanlage	Sportanlage ist eine Fläche mit Bauwerken und Einrichtungen, die zur Ausübung von (Wettkampf-)Sport und für Zuschauer bestimmt ist.	Funktion 4100
Golfplatz	Golfplatz ist eine Fläche mit Bauwerken und Einrichtungen, die zur Ausübung des Golfsports genutzt wird.	Funktion 4110
Verkehrsübungsplatz	Verkehrsübungsplatz ist eine Fläche, die Übungs- und Erprobungszwecken dient.	Funktion 4270
Hundeübungsplatz	Hundeübungsplatz ist eine Fläche, auf der Übungen mit Hunden durchgeführt werden.	Funktion 4280
Modellflugplatz	Modellflugplatz ist eine Fläche, die zur Ausübung des Modellflugsports dient.	Funktion 4290

Schwimmbad, Freibad	Schwimmbad, Freibad ist eine Anlage mit Schwimmbecken oder Anlage an Ufern von Gewässern für den Badebetrieb und Schwimmsport.	Funktion 4320
Campingplatz	Campingplatz ist eine Fläche für den Aufbau einer größeren Zahl von Zelten oder zum Abstellen und Benutzen von Wohnwagen mit ortsfesten Anlagen und Einrichtungen.	Funktion 4330
Grünanlage	Grünanlage ist eine Anlage mit Bäumen, Sträuchern, Rasenflächen, Blumenrabatten und Wegen, die vor allem der Erholung und Verschönerung des Stadtbildes dient.	Funktion 4400
Grünfläche	Grünfläche ist eine unbebaute Wiese, Rasenfläche und Parkanlage in Städten und Siedlungen.	Funktion 4410
Park	Park ist eine landschaftsgärtnerisch gestaltete Grünanlage, die der Repräsentation und der Erholung dient.	Funktion 4420
Botanischer Garten	Botanischer Garten ist ein der Öffentlichkeit zugänglicher Garten zum Studium der Pflanzenwelt; systematisch geordnete Sammlung in Freiland und Gewächshäusern (Warmhäuser).	Funktion 4430
Kleingarten	Kleingarten (Schrebergarten) ist eine Anlage von Gartengrundstücken, die von Vereinen verwaltet und verpachtet werden.	Funktion 4440
Spielplatz, Bolzplatz	Spielplatz, Bolzplatz ist ein Platz an dem körperliche oder geistige Tätigkeit aus eigenem Antrieb ohne Zweckbestimmung ausgeübt wird.	Funktion 4470
Friedhof	Friedhof ist eine Fläche, auf der Tote bestattet sind.	41009
Friedhof (Park)	Friedhof (Park) ist der Friedhof, der als Park angelegt ist.	Ohne Funktion ^{*)} Funktion 9403
Historischer Friedhof	Historischer Friedhof ist ein Friedhof, der als historisch gilt.	Funktion 9404

Landwirtschaft	Landwirtschaft ist eine Fläche für den Anbau von Feldfrüchten sowie eine Fläche, die beweidet und gemäht werden kann, einschließlich der mit besonderen Pflanzen angebauten Fläche. Die Brache, die für einen bestimmten Zeitraum (z. B. ein halbes oder ganzes Jahr) landwirtschaftlich unverbaut bleibt, ist als Landwirtschaft oder Ackerland zu erfassen.	43001
Gartenland	Gartenland ist eine Fläche für den Anbau von Gemüse, Obst und Blumen sowie die Aufzucht von Kulturpflanzen, soweit sie von Saat-, Pflanz- oder Baumschulen genutzt wird.	Vegetationsmerkmal 1030
Baumschule	Baumschule ist eine Fläche, auf der Holzgewächse aus Samen, Ablegern oder Stecklingen unter mehrmaligem Umpflanzen (Verschulen) gezogen werden.	Vegetationsmerkmal 1031
Damm, Wall, Deich	Damm, Wall, Deich ist eine aus Erde oder anderen Baustoffen bestehende langgestreckte Aufschüttung, die Vegetation tragen kann.	61003
Sonstiges Recht	Sonstiges Recht sind die auf den Grund und Boden bezogenen Beschränkungen, Belastungen oder anderen Eigenschaften einer Fläche.	71011
Truppenübungsplatz, Standortübungsplatz	Truppenübungsplatz, Standortübungsplatz ist ein Gelände zur militärischen Ausbildung.	Art der Festlegung 4720

bb) Mitteldicht versiegelte Flächen:
zweieinhalbfacher Hektarsatz

Bezeichnung	Begriffsbestimmung	Kennung, Attributart mit Wert
1	2	3
Industrie- und Gewerbefläche	Industrie- und Gewerbefläche ist eine Fläche, die vorwiegend industriellen oder gewerblichen Zwecken dient.	41002
Lagerplatz	Lagerplatz bezeichnet Flächen, auf denen inner- und außerhalb von Gebäuden wirtschaftliche Güter gelagert werden.	Funktion 1740
Betriebsfläche Versorgungsanlage	Betriebsfläche Versorgungsanlage bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Anlagen und Gebäude zur Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Wärme und Wasser vorhanden sind.	Funktion 2502

Förderanlage	Förderanlage bezeichnet eine Fläche mit Einrichtungen zur Förderung von Erdöl, Erdgas, Sole, Kohlensäure oder Erdwärme aus dem Erdinneren.	Funktion 2510
Betriebsfläche Versorgungsanlage, Wasser	Betriebsfläche Versorgungsanlage, Wasser, ist Teil von Wasserwerk. Wasserwerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Gewinnung und/oder zur Aufbereitung von Trinkwasser.	Funktion 2522
Betriebsfläche Versorgungsanlage, Elektrizität	Betriebsfläche Versorgungsanlage, Elektrizität, ist Teil von Kraftwerk. Kraftwerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Erzeugung von elektrischer Energie.	Funktion 2532
Umspannstation	Umspannstation bezeichnet eine Fläche mit Gebäuden und sonstigen Einrichtungen, um Strom auf eine andere Spannungsebene zu transformieren.	Funktion 2540
Betriebsfläche Versorgungsanlage, Öl	Betriebsfläche Versorgungsanlage, Öl, ist Teil von Raffinerie. Raffinerie bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Aufbereitung von Erdöl.	Funktion 2552
Betriebsfläche Versorgungsanlage, Gas	Betriebsfläche Versorgungsanlage, Gas, ist Teil von Gaswerk. Gaswerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Aufbereitung von Gas.	Funktion 2562
Betriebsfläche Versorgungsanlage, Wärme	Betriebsfläche Versorgungsanlage, Wärme, ist Teil von Heizwerk. Heizwerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Erzeugung von Wärmeenergie zu Heizzwecken.	Funktion 2572
Betriebsfläche Versorgungsanlage, Funk- und Fernmeldewesen	Betriebsfläche Versorgungsanlage, Funk- und Fernmeldewesen, ist Teil von Funk- und Fernmeldeanlage. Funk- und Fernmeldeanlage bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Anlagen und Gebäude zur elektronischen Informationsvermittlung stehen.	Funktion 2582
Betriebsfläche Entsorgungsanlage	Betriebsfläche Entsorgungsanlage ist Teil von Entsorgung. Entsorgung bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Anlagen und Gebäude zur Verwertung und Entsorgung von Abwasser und festen Abfallstoffen vorhanden sind.	Funktion 2602
Betriebsfläche Entsorgungsanlage, Abwasserbeseitigung	Betriebsfläche Entsorgungsanlage, Abwasserbeseitigung, ist Teil von Kläranlage, Klärwerk. Kläranlage, Klärwerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Reinigung von Abwasser.	Funktion 2612

Betriebsfläche Entsorgungsanlage, Abfallbeseitigung	Betriebsfläche Entsorgungsanlage, Abfallbeseitigung, ist Teil von Abfallbehandlungsanlage. Abfallbehandlungsanlage bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen, auf der Abfälle mit chemisch/physikalischen und biologischen oder thermischen Verfahren oder Kombinationen dieser Verfahren behandelt werden.	Funktion 2622
Betriebsfläche Entsorgungsanlage, Schlamm	Betriebsfläche Entsorgungsanlage, Schlamm, ist Teil von Abfallbehandlungsanlage. Abfallbehandlungsanlage bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen, auf der Abfälle mit chemisch/physikalischen und biologischen oder thermischen Verfahren oder Kombinationen dieser Verfahren behandelt werden.	Funktion 2623
Deponie (oberirdisch)	Deponie (oberirdisch) bezeichnet eine Fläche, auf der oberirdisch Abfallstoffe gelagert werden. Es wird die durch eine Abgrenzung erkennbare Betriebsfläche erfasst. Sie muss nicht mit der Böschungskante übereinstimmen.	Funktion 2630
Deponie (untertägig)	Deponie (untertägig) bezeichnet eine oberirdische Betriebsfläche, unter der Abfallstoffe eingelagert werden (Untertagedeponie). Deponie (untertägig) grenzt bis an die Oberfläche. In der Regel wird nur die Fläche des Einfurschachts für Deponie (untertägig) erfasst.	Funktion 2640
Halde	Halde ist eine Fläche, auf der Material langfristig gelagert wird, und beschreibt die auch im Relief zu modellierende tatsächliche Aufschüttung. Aufgeforstete Abraumhalden werden als Objekte der Objektart Wald erfasst.	41003
Tagebau, Grube, Steinbruch	Tagebau, Grube, Steinbruch ist eine Fläche, auf der oberirdisch Bodenmaterial abgebaut wird. Rekultivierte Tagebaue, Gruben, Steinbrüche werden als Objekte entsprechend der vorhandenen Nutzung erfasst.	41005
Straßenverkehr	Straßenverkehr umfasst alle für die bauliche Anlage Straße erforderlichen sowie dem Straßenverkehr dienenden bebauten und unbebauten Flächen.	42001
Verkehrsbegleitfläche Straße	Verkehrsbegleitfläche Straße bezeichnet eine bebauten oder unbebauten Fläche, die einer Straße zugeordnet wird. Die Verkehrsbegleitfläche Straße ist nicht Bestandteil der Fahrbahn.	Ohne Funktion ^{*)} Funktion 2312

Fußgängerzone	Fußgängerzone ist ein dem Fußgänger- verkehr vorbehalten Bereich, in dem ausnahmsweise öffentlicher Personen- verkehr, Lieferverkehr oder Fahrradverkehr zulässig sein kann.	Funktion 5130
Weg	Weg umfasst alle Flächen, die zum Befahren und/oder Begehen vorgesehen sind. Zum Weg gehören auch Seitenstreifen und Gräben zur Wegentwässerung.	42006 Ohne Funktion ^{*)}
Fußweg	Fußweg ist ein Weg, der auf Grund seines Ausbauzustandes nur von Fußgängern zu begehen ist.	Funktion 5220
Radweg	Radweg ist ein Weg, der als besonders gekennzeichneter und abgegrenzter Teil einer Straße oder mit selbständiger Linien- führung für den Fahrradverkehr bestimmt ist.	Funktion 5240
Rad- und Fußweg	Rad- und Fußweg ist ein Weg, der als besonders gekennzeichneter und abgegrenzter Teil einer Straße oder mit selbständiger Linienführung ausschließlich für den Fahrrad- und Fußgängerverkehr bestimmt ist.	Funktion 5250
Platz	Platz ist eine Verkehrsfläche in Ortschaften oder eine ebene, befestigte oder unbefes- tigte Fläche, die bestimmten Zwecken dient (z. B. für Verkehr, Märkte, Festveranstal- tungen).	42009 Ohne Funktion ^{*)}
Fußgängerzone	Fußgängerzone ist ein dem Fußgänger- verkehr vorbehalten Bereich, in dem ausnahmsweise öffentlicher Personen- verkehr, Lieferverkehr oder Fahrradverkehr zulässig sein kann.	Funktion 5130
Parkplatz	Parkplatz ist eine zum vorübergehenden Abstellen von Fahrzeugen bestimmte Fläche.	Funktion 5310
Rastplatz	Rastplatz ist eine Anlage zum Halten, Parken oder Rasten der Verkehrsteilnehmer mit unmittelbarem Anschluss zur Straße ohne Versorgungseinrichtung, ggf. mit Toiletten.	Funktion 5320
Raststätte	Raststätte ist eine Anlage an Verkehrss- traßen mit Bauwerken und Einrichtungen zur Versorgung und Erholung von Reisenden.	Funktion 5330
Marktplatz	Marktplatz ist eine Fläche, auf dem Wochen- märkte abgehalten werden.	Funktion 5340
Festplatz	Festplatz ist eine Fläche, auf der zeitlich begrenzte Festveranstaltungen stattfinden.	Funktion 5350

Bahnverkehr	<p>Bahnverkehr umfasst alle für den Schienenverkehr erforderlichen Flächen.</p> <p>Flächen von Bahnverkehr sind</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Bahnkörper (Unterbau für Gleise; bestehend aus Dämmen oder Einschnitten und deren kleineren Böschungen, Durchlässen, schmalen Gräben zur Entwässerung, Stützmauern, Unter- und Überführung, Seiten- und Schutzstreifen) mit seinen Bahnstrecken, - an den Bahnkörper angrenzende bebaute und unbebaute Flächen (z. B. Böschungflächen). 	<p>42010</p> <p>Ohne Funktion *)</p>
Verkehrsbegleitfläche Bahnverkehr	Verkehrsbegleitfläche Bahnverkehr bezeichnet eine bebaute oder unbebaute, an den Bahnkörper angrenzende Fläche, die dem Schienenverkehr dient.	Funktion 2322
Flugverkehr	Flugverkehr umfasst die baulich geprägte Fläche und die mit ihr in Zusammenhang stehende Freifläche, die ausschließlich oder vorwiegend dem Flugverkehr dient.	<p>42015</p> <p>Ohne Funktion *)</p>
Schiffsverkehr	Schiffsverkehr umfasst die baulich geprägte Fläche und die mit ihr in Zusammenhang stehende Freifläche, die ausschließlich oder vorwiegend dem Schiffsverkehr dient.	<p>42016</p> <p>Ohne Funktion *)</p>
Hafenanlage (Landfläche)	Hafenanlage (Landfläche) bezeichnet die Fläche innerhalb des Hafens, die nicht von Wasser bedeckt ist und die ausschließlich zum Betrieb des Hafens dient.	Funktion 5610
Schleuse (Landfläche)	Schleuse (Landfläche) bezeichnet die Fläche innerhalb der Schleuse, die nicht von Wasser bedeckt ist und die ausschließlich zum Betrieb der Schleuse dient.	Funktion 5620
Anlegestelle (Landfläche)	Anlegestelle (Landfläche) umfasst mehr als den überlagernden landseitigen Anleger, der eine feste oder schwimmende Einrichtung zum Anlegen von Schiffen ist.	Funktion 5630
Fähranlage (Landfläche)	Fähranlage (Landfläche) ist eine besondere Landfläche, von der in der Regel nach festem Fahrplan über Flüsse, Seen, Kanäle, Meerengen oder Meeresarme ein Schiffsverkehr stattfindet.	Funktion 5640

Unland, Vegetationslose Fläche	Unland, Vegetationslose Fläche ist eine Fläche, die dauerhaft landwirtschaftlich nicht genutzt wird, wie z. B. nicht aus dem Geländere relief herausragende Felspartien, Sand- oder Eisflächen, Uferstreifen längs von Gewässern und Sukzessionsflächen.	43007
Gewässerbegleitfläche	Gewässerbegleitfläche bezeichnet eine bebaute oder unbebaute Fläche, die einem Fließgewässer zugeordnet wird. Die Gewässerbegleitfläche ist nicht Bestandteil der Gewässerfläche.	Funktion 1100

cc) Stärker versiegelte Flächen:
vierfacher Hektarsatz

Bezeichnung	Begriffsbestimmung	Kennung, Attributart mit Wert
1	2	3
Wohnbaufläche	Wohnbaufläche ist eine baulich geprägte Fläche einschließlich der mit ihr im Zusammenhang stehenden Freiflächen (Vorgärten, Ziergärten, Zufahrten, Stellplätze und Hofraumflächen), die ausschließlich oder vorwiegend dem Wohnen dient.	41001
Industrie- und Gewerbefläche	Industrie- und Gewerbefläche ist eine Fläche, die vorwiegend industriellen oder gewerblichen Zwecken dient.	41002
Handel und Dienstleistungen	Handel und Dienstleistung bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Gebäude stehen, in denen Handels- und/oder Dienstleistungsbetriebe ansässig sind.	Funktion 1400
Ausstellung, Messe	Ausstellung, Messe bezeichnet eine Fläche mit Ausstellungshallen und sonstigen Einrichtungen zur Präsentation von Warenmustern.	Funktion 1450
Gärtnerei	Gärtnerei bezeichnet eine Fläche mit Gebäuden, Gewächshäusern und sonstigen Einrichtungen zur Aufzucht von Blumen und Gemüsepflanzen. Baumschulen werden als Objekte der Objektart Landwirtschaft erfasst.	Funktion 1490
Industrie und Gewerbe	Industrie und Gewerbe bezeichnet Flächen, auf denen vorwiegend Industrie- und Gewerbebetriebe vorhanden sind. Darin sind Gebäude- und Freiflächen und die Betriebsfläche Lagerplatz enthalten.	Funktion 1700
Werft	Werft ist eine Betriebsfläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zum Bau oder zur Reparatur von Schiffen.	Funktion 1790

Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage	Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Anlagen und Gebäude zur Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Wärme und Wasser vorhanden sind.	Funktion 2501
Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Wasser	Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Wasser, ist Teil von Wasserwerk. Wasserwerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Gewinnung und/oder zur Aufbereitung von (Trink-)Wasser.	Funktion 2521
Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Elektrizität	Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Elektrizität, ist Teil von Kraftwerk. Kraftwerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Erzeugung von elektrischer Energie.	Funktion 2531
Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage Öl	Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Öl, ist Teil von Raffinerie. Raffinerie bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Aufbereitung von Erdöl.	Funktion 2551
Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Gas	Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Gas, ist Teil von Gaswerk. Gaswerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Aufbereitung von Gas.	Funktion 2561
Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Wärme	Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Wärme, ist Teil von Heizwerk. Heizwerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Erzeugung von Wärmeenergie zu Heizzwecken.	Funktion 2571
Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Funk- und Fernmeldewesen	Gebäude- und Freifläche Versorgungsanlage, Funk- und Fernmeldewesen, ist Teil von Funk- und Fernmeldeanlage. Funk- und Fernmeldeanlage bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Anlagen und Gebäude zur elektronischen Informationsvermittlung stehen.	Funktion 2581
Gebäude- und Freifläche Entsorgungsanlage	Gebäude- und Freifläche Entsorgungsanlage ist Teil von Entsorgung. Entsorgung bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Anlagen und Gebäude zur Verwertung und Entsorgung von Abwasser und festen Abfallstoffen vorhanden sind.	Funktion 2601

Gebäude- und Freifläche Entsorgungsanlage, Abwasserbeseitigung	Gebäude- und Freifläche Entsorgungsanlage, Abwasserbeseitigung, ist Teil von Kläranlage, Klärwerk. Kläranlage, Klärwerk bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen zur Reinigung von Abwasser.	Funktion 2611
Gebäude- und Freifläche Entsorgungsanlage, Abfallbeseitigung	Gebäude- und Freifläche Entsorgungsanlage, Abfallbeseitigung, ist Teil von Abfallbehandlungsanlage. Abfallbehandlungsanlage bezeichnet eine Fläche mit Bauwerken und sonstigen Einrichtungen, auf der Abfälle mit chemisch/physikalischen und biologischen oder thermischen Verfahren oder Kombinationen dieser Verfahren behandelt werden.	Funktion 2621
Fläche gemischter Nutzung	Fläche gemischter Nutzung ist eine bebaute Fläche einschließlich der mit ihr im Zusammenhang stehenden Freifläche (Hofraumfläche, Hausgarten), auf der keine Art der baulichen Nutzung vorherrscht. Solche Flächen sind insbesondere ländlich-dörflich geprägte Flächen mit land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Wohngebäuden u. a.	41006
Gebäude- und Freifläche Land- und Forstwirtschaft	Gebäude- und Freifläche Land- und Forstwirtschaft ist eine Fläche, die der Land- und Forstwirtschaft dient.	Funktion 2700
Flächen besonderer funktionaler Prägung	Fläche besonderer funktionaler Prägung ist eine baulich geprägte Fläche einschließlich der mit ihr im Zusammenhang stehenden Freifläche, auf denen vorwiegend Gebäude und/oder Anlagen zur Erfüllung öffentlicher Zwecke oder historische Anlagen vorhanden sind.	41007
Öffentliche Zwecke	Öffentliche Zwecke bezeichnet eine Fläche, die der Erfüllung öffentlicher Aufgaben und der Allgemeinheit dient.	Funktion 1100
Verwaltung	Verwaltung bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Gebäude der öffentlichen Verwaltung, z. B. Rathaus, Gericht, Kreisverwaltung stehen.	Funktion 1110
Bildung und Forschung	Bildung und Forschung bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Gebäude stehen, in denen geistige, kulturelle und soziale Fähigkeiten vermittelt werden und/oder wissenschaftliche Forschung betrieben wird (z. B. Schulen, Universitäten, Forschungsinstitute).	Funktion 1120

Kultur	Kultur bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Anlagen und Gebäude für kulturelle Zwecke, z. B. Konzert- und Museumsgebäude, Bibliotheken, Theater, Schlösser und Burgen sowie Rundfunk- und Fernsehgebäude stehen.	Funktion 1130
Religiöse Einrichtung	Religiöse Einrichtung bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend religiöse Gebäude stehen.	Funktion 1140
Gesundheit, Kur	Gesundheit, Kur bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Gebäude des Gesundheitswesens stehen, z. B. Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten.	Funktion 1150
Soziales	Soziales bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Gebäude des Sozialwesens stehen, z. B. Kindergärten, Jugend- und Senioreneinrichtungen, Freizeit-, Fremden- und Obdachlosenheime.	Funktion 1160
Sicherheit und Ordnung	Sicherheit und Ordnung bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Anlagen und Gebäude der Polizei, der Bundeswehr, der Feuerwehr und der Justizvollzugsbehörden stehen.	Funktion 1170
Parken	Parken bezeichnet eine Fläche, auf der vorwiegend Anlagen und Gebäude zum vorübergehenden Abstellen von Fahrzeugen stehen.	Funktion 1200
Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche	Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche ist eine bebaute oder unbebaute Fläche, die dem Sport, der Freizeitgestaltung oder der Erholung dient.	41008
Gebäude- und Freifläche Sport, Freizeit, Erholung	Gebäude- und Freifläche Sport, Freizeit, Erholung, ist eine bebaute Fläche, die dem Sport, der Freizeitgestaltung oder der Erholung dient.	Funktion 4001
Freizeitanlage	Freizeitanlage ist eine Fläche mit Bauwerken und Einrichtungen, die zur Freizeitgestaltung bestimmt ist.	Funktion 4200
Zoo	Zoo ist ein Gelände mit Tierschauhäusern und umzäunten Gehegen, auf dem Tiere gehalten und gezeigt werden.	Funktion 4210
Safaripark, Wildpark	Safaripark, Wildpark, ist ein Gelände mit umzäunten Gehegen, in denen Tiere im Freien gehalten und gezeigt werden.	Funktion 4220
Freizeitpark	Freizeitpark ist ein Gelände mit Karussells, Verkaufs- und Schaubuden und/oder Wildgattern, das der Freizeitgestaltung dient.	Funktion 4230

Freilichttheater	Freilichttheater ist eine Anlage mit Bühne und Zuschauerbänken für Theateraufführungen im Freien.	Funktion 4240
Freilichtmuseum	Freilichtmuseum ist eine volkskundliche Museumsanlage, in der Wohnformen oder historische Betriebsformen in ihrer natürlichen Umgebung im Freien dargestellt werden.	Funktion 4250
Autokino, Freilichtkino	Autokino, Freilichtkino ist ein Lichtspieltheater im Freien, in dem der Film im Allgemeinen vom Auto aus angesehen wird.	Funktion 4260
Erholungsfläche	Erholungsfläche ist eine Fläche mit Bauwerken und Einrichtungen, die zur Erholung bestimmt ist.	Funktion 4300
Wochenend- und Ferienhausfläche	Wochenend- und Ferienhausfläche bezeichnet eine extra dafür ausgewiesene Fläche, auf der vorwiegend Wochenend- und Ferienhäuser stehen dürfen.	Funktion 4310
Straßenverkehr	Straßenverkehr umfasst alle für die bauliche Anlage Straße erforderlichen sowie dem Straßenverkehr dienenden bebauten und unbebauten Flächen.	42001
Gebäude- und Freifläche zu Verkehrsanlagen, Straße	Gebäude- und Freifläche zu Verkehrsanlagen, Straße, ist eine Fläche, die der Abwicklung und Sicherheit des Verkehrs sowie der Unterhaltung der Verkehrsfläche dient.	Funktion 2311
Bahnverkehr	Bahnverkehr umfasst alle für den Schienenverkehr erforderlichen Flächen. Flächen von Bahnverkehr sind - der Bahnkörper (Unterbau für Gleise; bestehend aus Dämmen oder Einschnitten und deren kleineren Böschungen, Durchlässen, schmalen Gräben zur Entwässerung, Stützmauern, Unter- und Überführung, Seiten- und Schutzstreifen) mit seinen Bahnstrecken, - an den Bahnkörper angrenzende bebaute und unbebaute Flächen (z. B. Böschungsfächen).	42010
Gebäude- und Freifläche zu Verkehrsanlage, Schiene	Gebäude- und Freifläche zu Verkehrsanlage, Schiene, dient der Abwicklung und Sicherheit des Verkehrs sowie der Unterhaltung der Verkehrsfläche.	Funktion 2321

Flugverkehr	Flugverkehr umfasst die baulich geprägte Fläche und die mit ihr in Zusammenhang stehende Freifläche, die ausschließlich oder vorwiegend dem Flugverkehr dient.	42015
Gebäude- und Freifläche zu Verkehrsanlage, Luftfahrt	Gebäude- und Freifläche zu Verkehrsanlagen, Luftfahrt, ist eine besondere Flugverkehrsfläche.	Funktion 5501
Schiffsverkehr	Schiffsverkehr umfasst die baulich geprägte Fläche und die mit ihr in Zusammenhang stehende Freifläche, die ausschließlich oder vorwiegend dem Schiffsverkehr dient.	42016
Gebäude- und Freifläche zu Verkehrsanlagen, Schifffahrt	Gebäude- und Freifläche zu Verkehrsanlagen, Schifffahrt, ist eine Fläche, die dem Schiffsverkehr dient.	Funktion 2341

Fußnoten:

*) Bei Kennungen, bei denen die Attributart „ohne Funktion“ steht, werden auch alle Flächen ohne Funktionsbelegung im Kataster veranlagt.

Bei Kennungen, bei denen die Attributart „ohne Funktion“ fehlt, werden nur die Flächen mit aufgeführter Funktionsbelegung, Art der Festlegung oder aufgeführtem Vegetationsmerkmal im Kataster veranlagt.

b) Im Fall der Neubezeichnung der Nutzungsflächen in der Systematik des Liegenschaftskatasters werden die Flächen den neuen Bezeichnungen zugeordnet, soweit damit keine Veränderung des Beitragsmaßstabes verbunden ist.

c) Der Beitrag nach Buchstabe a wird auf Antrag der beitragspflichtigen Person nicht erhoben, wenn diese nachweist, dass die betroffene Fläche vollständig unversiegelt ist. Der Beitrag wird nicht oder nur teilweise erhoben, soweit das Niederschlagswasser auf den versiegelten Flächen genutzt wird.

2. Zusätzlicher Beitrag für Wasser- und Abwassereinleitungen

Wer Wasser oder Abwasser einleitet, kann je eingeleitetem vollen Kubikmeter mit einem 2 500stel des Hektarsatzes herangezogen werden. Ausgenommen ist Niederschlagswasser.

3. Erschwerung der Unterhaltung durch Bauwerke in und am Gewässer Stauanlagen und Schleusen

1. Für Stauwehre und Schleusen, die zur Bewässerung, Wasserhaltung dienen, werden pro qm ihrer Fläche (Stautafelbreite x Stautafelhöhe) mit dem 10-fachen ha-Satz veranlagt.
2. Stauwehre, die gewerblichen Zwecken dienen, werden pro qm ihrer Fläche (Schütztafelbreite x Schütztafelhöhe) mit dem 20-fachen ha-Satz veranlagt.

4. Sonstige erschwerende Anlagen

1. Ufergrundstücke, die wegen ihrer Nutzung oder Gestaltung die Unterhaltung des Gewässers erschweren, insbesondere eine wirtschaftliche Reinigung nicht zulassen, (z.B. Häuser, Mauern, Gleisanlagen, Gärten, Baumbestände, Hecken u.ä.) werden mit dem 0,3-fachen ha-Satz je lfdm veranlagt.
2. Für Brücken, bebaute Ufer (Häuser, Mauern u.ä.) längere überbaute Gewässerstrecken und Durchlässe werden Zuschläge, wenn Schäden am Wasserlauf auftreten, je lfdm bebautes Ufer und je lfdm Pfeiler mit dem 1-fachen ha-Satz veranlagt.